

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Die Ausgabe des Blattes erfolgt Tags vorher nachm. 4 Uhr. Abonnements-Preis vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 1 Mk., 1 monatlich 50 Pf., Einzelne Nummern 10 Pf.

Alle kaiserlich, Postanstalten, Postboten, sowie die Zeitungsträger nehmen hieto Bestellungen auf die „Sächsische Elbzeitung“ an. Tägliche Roman-Beilage. Sonnabends:

„Illustriertes Unterhaltungsblatt“.

# Sächsische Elbzeitung.

## Amtsblatt

für das Königliche Amtsgericht, das Königliche Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau, sowie für den Stadgemeinderat zu Hohnstein.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Lehmann, Schandau. — Druck und Verlag: Legler & Feuner Nachf.

Anzeigen, bei der weiten Verbreitung d. Bl. von großer Wirkung, sind Montag, Mittwoch und Freitag bis spätestens vormittags 9 Uhr aufzugeben. Preis für die 5 gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. (tabellarische und komplizierte Anzeigen nach Uebereinkunft.) Auswärtige Anzeigen 20 Pf.

„Gefunden“ und „Klame“ 50 Pf. die Seite. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Alle 14 Tage: „Landwirtsch. Beilage.“

Inseraten-Annahmestellen: In Schandau: Expedition Rankenstraße 134; in Dresden und Leipzig: die Annoncen-Bureaus von Haackstein & Bogler, Invalidentank und Rudolf Woffe; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Nr. 97.

Schandau, Donnerstag, den 14. August 1913.

57. Jahrgang.

### Ämtlicher Teil.

#### Ungeplantenversicherung betr.

Die hiesigen Arbeitgeber von Ungeplanten werden hierdurch nochmals aufgefordert, ihre versicherungspflichtiges Personal, soweit dies noch nicht geschehen ist, ungeplant zur Versicherung bei dem unterzeichneten Stadtrate anzumelden. Unterlassungen der erforderlichen Anmeldungen ziehen empfindliche Strafen nach sich. Schandau, am 12. August 1913. Der Stadtrat.

#### Bekanntmachung.

Wegen Reinigung bleiben unsere Geschäftsräume (einschließlich Stadt- und Sparkasse) Montag und Dienstag, den 18. und 19. August a. c., für den öffentlichen Verkehr geschlossen. Beim Kgl. Staubsammler werden an diesen Tagen vorm. von 8—9 Uhr nur Anmeldungen von Sterbefällen entgegengenommen. Schandau, am 13. August 1913. Der Stadtrat.

#### Holzversteigerung: Ottendorfer Staatsforstrevier

Mittwoch, den 20. August 1913, von vorm. 10 Uhr im Hotel „Sächsischer Hof“ in Sebnitz: 6677 w. und 19 h. Röße. Einzel in Abt. 1, 2, 4—10, 13—15, 20—25, 30—32, 34—46, 48—64, 67—70 und 72—81. Kgl. Forstrevierverwaltung Ottendorf. Kgl. Forstrentamt Schandau.

#### Öffentliche Sitzung des Stadgemeinderates Hohnstein.

Donnerstag, den 14. August 1913, abends 1/2 8 Uhr im Bürgermeisteramte. Tagesordnung: 1. Unterstützungsgesuch. 2. Elektrische Ueberlandzentrale. 3. Wiederbelebung der Bürgermeisterei. 4. Verschiedenes. — Hierauf nichtöffentliche Sitzung. Hohnstein (Sächs. Schweiz), am 12. August 1913. Der Bürgermeister.

#### Zählung der Obstbäume.

Nach der Verordnung des Kgl. Ministeriums des Innern vom 9. April d. J. ist eine Zählung der Äpfel-, Birn-, Pflaumen-, (Zwetschgen-), Kirsch-, Aprikosen-, Pfirsich- und Walnuß-Bäume vorzunehmen. Die Obstbaumbesitzer werden hierdurch ersucht, ihren Bestand an Obstbäumen, getrennt nach tragfähigen und noch nicht tragfähigen, recht bald und genau festzustellen. Es sind nur die auf dauerndem Stande befindlichen Bäume zu zählen, also nicht solche, die noch zum Verpflanzen bestimmt sind. In Baumschulen werden nur die Staubbäume (Sortimentsbäume) mitgezählt. Zwergobst- und Spalier-Bäume sind mitzuzählen. Vom 18. August d. J. ab wird der Schutzmann die Obstbaumbestände der einzelnen Grundstücke besichtigen und in die Liste eintragen. Hohnstein (Sächs. Schweiz), am 11. August 1913. Der Bürgermeister.

### Nichtamtlicher Teil.

#### Politische Tagesübersicht.

\* Sr. Maj. der König wird sich nächsten Sonntag auf mehrere Tage zur Jagd nach Tarvis begeben.  
\* Die Militärstrafgesetznovelle genehmigt. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Der vom Reichstag beschlossene Gesetzentwurf betreffend Aenderung des Militärstrafgesetzbuches war in der Sitzung des Bundesrates vom 3. Juli 1913 den zuständigen Ausschüssen überwiesen worden. Nachdem inzwischen sämtliche Bundesregierungen ihre Zustimmung zu dem Gesetzentwurf erklärt haben, ist die Vorlage von Sr. Majestät dem Kaiser vollzogen worden.  
\* Generalfeldmarschall v. d. Goltz vollendete am Dienstag sein 70. Lebensjahr in erfreulicher geistiger Frische und noch großer körperlicher Rüstigkeit. Der Feldmarschall ist bekanntlich erst kürzlich aus dem aktiven Militärdienst ausgeschieden, in welchem er zuletzt als Generalinspekteur der zweiten Armeeinspektion tätig war. Er hat sich in dieser Stellung bleibende Verdienste um die Schlagfertigkeit des deutschen Heeres erworben.  
\* Das Arbeitsprogramm des Bundesrats für den Herbst umfaßt eine Anzahl sehr wichtiger Angelegenheiten, u. a. auch die Regelung der braunschweigischen Thronfolgefrage und der Jesuitenfrage.  
\* Die neuen Krupp-Prozesse. Die Blättermeldung, daß gegen das gesamte Direktorium der Firma Krupp Anklage erhoben sei, bestätigt sich nicht. Bisher ist überhaupt noch keine Anklage gegen Kruppische Beamte erhoben worden, man weiß nur, daß gegen Brandt, den früheren Vertreter Krupps in Berlin, und die Direktoren v. Eccius und Dewitz Untersuchungen im Gange sind, die sehr wahrscheinlich zur Anklage führen werden. Wann die Verhandlungen stattfinden, läßt sich auch noch nicht sagen.  
\* Die Welfen und das Zentrum. Die „Köln. Volkszeitung“ teilt mit, daß die Welfen das Hospitantenverhältnis zum Zentrum gelöst hätten, u. a. auch aus dem Grunde, weil dieses Verhältnis die Agitation unter der evangelischen Wählerschaft erschwere.  
\* Seit dem Inkrafttreten des Stellenvermittlergesetzes von 1910 hat sich die Zahl der Stellenvermittler vermindert. Aber eine Steigerung der vermittelten Stellen um 20 v. H. gegenüber 1910 ist zu verzeichnen gewesen. Der Hansabund ist Hand in Hand mit dem Verband Deutscher Stellenvermittler bemüht, bei der Regierung dahin zu wirken, daß einige als ganz besonders drückend empfundene und in ihrer Handhabung nicht ganz feststehende Bestimmungen des Stellenvermittlergesetzes einer Revision unterzogen werden.

#### Oesterreich-Ungarn.

\* Prager Blättermeldungen zufolge wurden von der Prager Statthalterei an die Bezirkshauptmannschaften im Zusammenhang mit der Einsetzung der kaiserlichen Verwaltungskommission drei Erlasse herausgegeben, durch die strengste Pressensur, scharfe Handhabung des Vereins- und Versammlungsgesetzes, sowie rücksichtsloses Vorgehen gegen unerlaubte Straßendemonstrationen, gegebenenfalls mit Waffengewalt, vorgeschrieben werden.

Auf die Tätigkeit der Agitatoren soll ein besonderes Augenmerk gerichtet werden. Diese Erlasse wurden in der vergangenen Woche nochmals in Erinnerung gebracht.  
\* Der österreichische Eisenbahnminister polonisiert. Der österreichische Eisenbahnminister verstande soeben an die Presse deutsche Fahrpläne, in denen die bisherigen deutschen Bezeichnungen Krakau und Lemberg in Kraków und Lwów umgewandelt sind. Das klerikale System, das in Oesterreich herrscht, ist in jeder Beziehung deutschfeindlich.

#### Frankreich.

\* Zwei Abgeordnete des Seinedepartements beklagen sich in einem Brief an den Kriegsminister Etienne darüber, daß bei den Kasernenbauten an der französischen Ostgrenze ausschließlich deutsches Holz verwendet wird, obgleich gerade Ostfrankreich große Nadelwälder besitzt. In dem Brief werden einige Zahlen genannt, aus denen hervorgeht, wie groß die Holzimporte nach Frankreich ist. Vom 4.—21. Juli d. J. wurden 350 393 Kilogramm Bauholz eingeführt, davon die Hälfte aus Deutschland, der Rest aus Oesterreich-Ungarn.

#### Italien.

\* Der von der syndikalistischen Gruppe proklamierte Generalstreik ist ein vollständiger Fehlschlag. Die große Mehrzahl der Arbeiter weigert sich, in den Ausstand zu treten. Es sind nur wenige Zwischenfälle vorgekommen, die größtenteils von arbeitsscheuem Gesindel provoziert wurden. Die Polizei nahm eine Anzahl Verhaftungen vor und stellte die Ruhe wieder her. In ganz Italien herrscht Ruhe. Der Mißerfolg des Generalstreiks ist ein schwerer Schlag für die syndikalistische Bewegung.

#### Rußland.

\* Russische Zollmaßnahmen gegen Deutschland. Der russische Landwirtschaftsminister Krivoschein brachte im Ministerrat eine Vorlage, betr. die Getreideeinfuhr aus Deutschland, ein. Er erklärte dazu, Rußlands Getreideexport falle in jedem Jahre mehr, wegen der Einfuhr in stetigem Wachsen begriffen sei; falls nicht schleunigst dagegen Maßnahmen ergriffen würden, wäre Rußland nicht mehr im Stande, die Getreidepreise im Innern des Landes zu regulieren und würde in volle Abhängigkeit von Deutschland kommen. Krivoschein beantragte die sofortige Einführung eines höheren Zolles auf deutsches Getreide.

#### Zur Balkanfrage.

\* Die neue Balkanlandkarte. Die Landkarte der Balkanhalbinsel wird durch den Frieden von Bukarest wesentlich verändert. Der Türkei verbleiben von den 170 000 Quadratkilometern mit über sechs Millionen Einwohnern nur noch 20 000 Quadratkilometer mit 1 400 000 Einwohnern auf dem Balkan. Die vergrößerten Balkanstaaten werden ungefähr folgende Ausmaße (Größen) haben. Rumänien 138 000 Quadratkilometer mit 6 300 000 Einwohnern, Bulgarien 129 000 Quadratkilometer mit 4 600 000 Einwohnern, Serbien 80 000 Quadratkilometer mit 3 600 000 Einwohnern, Griechenland 110 000 Quadrat-

kilometer mit mehr als 4 000 000 Einwohnern und Montenegro 16 000 Quadratkilometer mit 480 000 Einwohnern. Bisher hatte Montenegro 9000 Quadratkilometer mit 250 000 Einwohnern, demzufolge ist es nun fast doppelt so groß, als vorher. Das neue Fürstentum Albanien wird einen Flächeninhalt von 32 000 Quadratkilometer mit rund 890 000 Einwohnern umfassen.

\* Die Wiener offiziellen Kreise lehnen entschieden jede Neuferung darüber ab, wie sie über die Stellungnahme der deutschen Politik zur Revisionsfrage und im besonderen über die Kaisertelegramme denken. Die offiziöse Presse vertritt aber nach wie vor mit größtem Nachdruck den Revisionsstandpunkt, für den als Hauptargument angeführt wird, daß die ungeschmälerte Gültigkeit des Bukarester Vorfriedens gleichbedeutend mit neuen Balkanunruhen ist, die früher oder später mit Bestimmtheit ausbrechen, und, wie die Dinge liegen, vor allem die Monarchie in Mitleidenschaft ziehen würden. Bemerkenswert ist, mit welcher Geffissenheit die der Regierung nahestehenden Blätter bei unabweisbarem Festhalten an der Revisionspolitik jede heftige Polemik gegen die deutschen Pressstimmen vermeiden, die im Publikum allerdings eine gewisse Verstimmung hervorgerufen haben. Wiener oppositionelle Blätter verbinden eine scharfe Kritik der Kaisertelegramme mit einer ebenso scharfen des Grafen Berchtold.

\* Eine offiziöse französische Note. Das Ministerium des Aeußern läßt in den gestrigen Abendblättern folgende Note veröffentlichen: Der Augenblick scheint gekommen, Aufklärungen über die widersprechenden Meldungen zu geben, die über die Haltung der französischen und russischen Regierung in der Angelegenheit von Kawalla veröffentlicht worden sind. Keine der beiden Regierungen hat jemals von der anderen verlangt, ihren Standpunkt zu opfern. Beide haben jedoch stündig in offenem Meinungsaustausch über diese Angelegenheit gestanden. Rußland wußte, daß Frankreich dazu neigte, die griechische Stadt Kawalla Griechenland zuzusprechen. Andererseits kannte Frankreich wohl den Wunsch Rußlands, diesen Hafen des Ägäischen Meeres Bulgarien zu sichern. Beide Regierungen wußten, daß keine von ihnen ihrer Auffassung eine derartige Bedeutung beimißt, daß sie von den Verbündeten eine Verzichtleistung auf seinen Standpunkt verlangt hätten, zumal die Richtlinien beider Mächte und der Gang der Ereignisse sie auf eine gemeinsame Lösung hinweisen mußten. Da man auf eine Revision verzichtet hat, braucht die Angelegenheit nicht weiter berührt werden. Es ist sicher, daß die Beziehungen beider Länder niemals herzlicher als im gegenwärtigen Augenblick waren.

\* Die endgiltige Lösung der albanischen Frage. Im englischen Unterhause erklärte gestern Sir Edward Grey, daß die Vorkonferenz der Einigkeit der Mächte es verdanke, daß es in der Frage Albaniens und der Ägäischen Inseln zu einer Verständigung gekommen sei. Eine internationale Kontrollkommission soll eingesetzt werden, Albanien soll ein autonomer Staat unter der Herrschaft eines Fürsten werden, dessen Wahl sich die Mächte vorbehalten. Keine ägäische Insel werde